

## **Mitteilungen des Bürgermeisters**

### **1) Protokollgenehmigung**

Bgm. Mag. **Nagl**: Das Protokoll über die ordentliche Sitzung des Gemeinderats vom 8. Mai wurde von Frau Gemeinderätin Haas-Wippel überprüft und für in Ordnung befunden. Das Protokoll über die ordentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 20. Mai, das war die Budgetsitzung, wurde von Gemeinderat Stefan Schneider überprüft und für in Ordnung befunden und das Protokoll vom 5. Juni wurde von Frau Gemeinderätin Sissi Potzinger überprüft und für in Ordnung befunden. Die Vervielfältigungen werden den Klubs zur Verfügung gestellt werden.

### **2) GRAZ AG – Stadtwerke für kommunale Dienste – Geschäftsbereich GVB; Erweiterung des Verkehrsfinanzierungsvertrages in seinem Leistungsangebot um den Schienenersatzverkehr für die Veranstaltung „Aufsteirern“**

Bgm. Mag. **Nagl**: Im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses vom 3. Juli 2008 hat der Stadtsenat folgenden Beschluss gefasst, der im Gemeinderatssaal zur Einsichtnahme aufliegt: In der Stadtsenatssitzung vom 5. September gab es ein Stück der Finanzabteilung Graz AG, hier ging es um den Geschäftsbereich GVB, Erweiterung des Verkehrsfinanzierungsvertrages in seinem Leistungsangebot um den Schienenersatzverkehr für die Veranstaltung Aufsteirern. Wir haben hier für einen Schienenersatzverkehr gesorgt, das wäre normal gemeinderatspflichtig, wurde aber vom Stadtsenat so genehmigt. Und ein Stück der Liegenschaftsabteilung war auch dabei, es war der Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes an der Baurechtsliegenschaft in Straßgang, Am Leopoldgrund 19 beziehungsweise Tiefgaragenanteil mit der Einlagezahl 1405 in Straßgang durch die Stadt Graz. Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, diese Ferialverfügung zur Kenntnis zu nehmen.

**3) A. Energie Graz GmbH; Richtlinien für die 5. o. Generalversammlung gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Stimmrechtsermächtigung.**

**B. Energie Graz GmbH & COKG, Richtlinien für die 6. o. Gesellschafterversammlung gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 12967; Stimmrechtsermächtigung**

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gab eine Dringlichkeitsverfügung, die ich am 12. Juli genehmigt habe. Der Vertreter der Stadt Graz in der Energie Graz GmbH, Univ.-Doz. Dr. Gerhard Rüscher, wird mittels dringlicher Verfügung ermächtigt, in der am 15. 7. stattfindenden 5. ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft elf Anträgen zuzustimmen. Diese Anträge waren Wahl des Abschlussprüfers, Beschlussfassung über die Entlastung der Geschäftsführung sowie der Aufsichtsräte für das Geschäftsjahr 2007, Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzergebnisses, Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses der Energie Graz GmbH zum 31. 12. 2007, der Erwerb eines Grundstückes für die Errichtung einer Umspannstation am Steinberg, die interimistische Bestellung von Geschäftsführern der WDS Wärmedirektservice der Energie Graz GmbH, die Bestellung von Geschäftsführern der Stromnetz Graz GmbH, der Abschluss Dienstleistungsvertrag mit der Graz AG 2008-2012, Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2008 der Energie Graz GmbH & Co KG und die Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls der 4. ordentlichen Generalversammlung der Energie Graz GmbH vom 28. Februar 2007. Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, diese Dringlichkeitsverfügung zur Kenntnis zu nehmen.

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, es sind alle ausgeruht nach all ihren Ausfahrten, Inselbesuchen und sonstigen frohgemut zurückgekehrt. Der § 58 sieht ja Verfügungen in dringenden Fällen vor, wenn ein Schaden für die Stadt zu erwarten sei und es einer sofortigen Erledigung bedürfe, so ist der Stadtsenat oder der Bürgermeister beauftragt, möglichst nach Anhörung des zuständigen Stadtsenatsreferenten/-referentin, gehört das natürlich im Statut hineingeschrieben, die nötigen Verfügungen zu treffen. Die getroffenen Verfügungen

Abs. 1 und 2, so wie es im § 58 vorsehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nachträglich ohne Verzug zur Kenntnis zu bringen, wenn das zuständige Kollegialorgan seine Zustimmung, also spricht der gewählte Gemeinderat, also wir, zur getroffenen Verfügung nachträglich uns verweigern, so ist die Maßnahme rückgängig zu machen, insbesondere ohne Verletzung erworbener Rechte, wenn dies noch möglich ist. Ich bringe in dem Zusammenhang auch einen entsprechenden dringlichen Antrag heute ein, weil wir uns ein entscheidendes Demokratiedefizit vorkommen. Wenn es stimmt, dass wir hier die Zustimmung laut Statut der Stadt Graz verweigern müssen oder sollen oder können und wenn überhaupt noch eine Dringlichkeitsverfügung revidierbar wäre, so müssen wir rechtzeitig und vorher informiert über den Inhalt sein. Das heißt, nicht in der Sitzung um 12.00 oder 13.00 Uhr, sondern rechtzeitig informiert sein, als Kolleginnen und Kollegen, um uns darüber zu beraten, um uns zu informieren und dies nicht erst zu Beginn einer entsprechenden Sitzung. In diesem Sinne wäre es auch ein Gebot des Respekts gegenüber den gewählten, von der Grazer Bevölkerung gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, wenn dies so als dem obersten Organ diese zeitgerechte Information erfolgen müsste. Vor allem, wenn es darum geht, dass wir wissen es ja aus der Vergangenheit, es zu Verfügungen kommt, die zum Teil überraschend sind oder nicht unseren Vorstellungen entsprechen, ich denke nur, was vor Jahren mit der Innenstadtinitiative gewesen ist. Natürlich ist das Instrument der Dringlichkeitsverfügung notwendig, weil es ja vor allem darauf ankommt, in Ferien- und Urlaubszeiten eine solche Vornahme anzuwenden. In letzter Konsequenz, wenn man konsequent das Statut durchdenkt, dann könnte der Gemeinderat sukzessive umgangen werden. Deswegen meine ich, weil er könnte auch zur Weihnachtszeit oder wenn andere Zeiten möglich sind, wo halt keine Sitzungen in Frage kämen, könnte es zu solchen Dringlichkeitsverfügungen kommen. Deswegen meine ist, dass die Mitglieder des zuständigen Organs, also der Gemeinderat oder der Stadtsenat, mindestens 14 Tage nach Erlassen dieser Dringlichkeitsverfügung zu informieren sind. Dann gibt es noch die rechtzeitige Möglichkeit, sich auch inhaltlich und vor allem qualitativ auseinander zu setzen. Dies werden wir in unserem dringlichen Antrag stellen. Wir verlangen zumindest über die heute vorzulegenden Dringlichkeitsverfügungen, die substantiellen Wert haben, wie zum Beispiel jene über, das noch kommen wird, über den GAK, eine entsprechende einzelne Abstimmung der Fraktionen, über Zustimmung oder Ablehnung derselben

ergangenen Dringlichkeitsverfügungen. Ich bitte die Kolleginnen einfach, daran zu denken, wir sollten, wenn wir schon demokratische Schritte größerer Natur wagen, so wie es die schwarz/grüne Koalition angekündigt hat, auch die kleinen Schritte beachten, und die kleinen Schritte sind eben Dringlichkeitsverfügungen, die genauso einer Kontrolle und rechtzeitigen Information bedürfen wie alle anderen Entscheidungen in diesem Gemeinderat. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Jetzt einmal speziell zu diesem Thema. In der letzten Gemeinderatssitzung der letzten Gemeinderatsperiode stand ein vergleichbares Stück, nämlich der Beschluss einer Bevollmächtigung für das zuständige Mitglied des Stadtsenates auf der Tagesordnung, genau in dieser Sache und wurde vom Bürgermeister von der Tagesordnung genommen, sodass die zuständigen Ausschüsse, auch mit Stimmen der ÖVP-Fraktion bereits zugestimmt hatten, abgesetzt wurde. Die Argumentation damals war offiziell die, dass der Wirtschaftsplan, und das hat sich damals gar nicht rauslesen lassen aus dem Wirtschaftsplan, eine Strompreiserhöhung beinhalten würde, die inoffiziell unter vorgehaltener Hand lautet: Was werden die Kommunisten im Wahlkampf damit anfangen? Also, ich sage das gleich so offen, wie das damals war. Der Herr Bürgermeister war also der Meinung, dass eine Strompreiserhöhung, er hat damals von 6 % gesprochen, auch das ließ sich aus dem Stück nicht herauslesen, im Wahlkampf keinen schlanken Fuß macht und hat versprochen, es wird keine solche Strompreiserhöhung geben. Wenn ich es richtig verstanden habe, beinhaltet dieser Wirtschaftsplan allerdings jetzt zusätzliche Einnahmen, die eine Strompreiserhöhung der Energie Graz notwendig macht. Der Bürgermeister hat die Stimmrechtsermächtigung erteilt, der zuständige Stadtsenatsreferent, der neue Finanzreferent hat dem zugestimmt, wenn ich es richtig verstanden habe, ich bitte, mich zu korrigieren, wenn ich es falsch gesagt habe. Das bedeutet, dass ein gemachtes Wahlversprechen des jetzt amtierenden Bürgermeisters unmittelbar bei nächster Gelegenheit nicht mehr eingehalten wurde, vielleicht auch nie daran gedacht war, es einzuhalten. In dieser Art und Weise, das dann noch dazu möglichst an einer Debatte im Gemeinderat vorbeilotsen zu wollen, halte ich gelinge gesagt für demokratiepolitisch kaum erträglich und ich bin daher auch der Meinung, dass der

Bürgermeister nicht einfach die Tagesordnung runterradeln sollte und, Verzeihung, ich will keinen Ordnungsruf von dir bekommen, runterlesen sollte, sondern uns vielleicht auch über die Inhalte dieses Stückes genauer informieren sollte, damit die Öffentlichkeit und der Gemeinderat sich auch ein Bild von der Zuverlässigkeit machen kann (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann**: Herr Bürgermeister, ich habe auch noch eine Frage zu diesem Stück über die Energie Graz und möchte das auch eigentlich für die Zukunft deponieren, erstens einmal, warum musste dieses Stück mit einer Dringlichkeitsverfügung versehen werden, wir haben das ganze Jahr hindurch solche Stücke auf der Tagesordnung im Finanzausschuss und im Beteiligungsausschuss und der zweite Wunsch wäre, dass wir diese Dringlichkeitsverfügungen, wo es wirklich um solche Stücke geht, wo man nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen kann, dass die Fraktionen diese auch wie alle anderen Gemeinderatsstücke in schriftlicher Form vorher bekommen (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Einmal vielleicht generell zum Ansinnen des Kollegen Herper. Es ist halt so, dass wir, in den letzten Jahrzehnten wird es gewesen sein, ich bin auch schon im zweiten Jahrzehnt mit dabei, also in den letzten Jahrzehnten mit der Art und Weise so umgegangen sind, wie wir es jetzt auch tun, es gibt Ferialermächtigungen und es gibt Dringlichkeitsverfügungen. Die Dringlichkeitsverfügungen und das haben wir ja Gott sei Dank auch so vorgesehen, sind schnellstmöglich beim nächsten Zusammentreffen des jeweiligen Gremiums, kann einmal das Organ des Stadtsenates sein, einmal auch der Gemeinderat, dann zu berichten und zur Kenntnisnahme vorzulegen. Es gibt kein einziges Stück, das ich auch in den letzten Jahren nicht in der Form vorgetragen hätte, dass ich auch zum Schluss den Satz mitverlese, ich ersuche die Mitglieder diese Dringlichkeitsverfügung zur Kenntnis zu nehmen und so wie du heute nachfragst, ist das auch in den letzten Jahrzehnten bei jedem Stück möglich gewesen und auch jede Fraktion, und das ist

auch manchmal so passiert, hat dann ganz klar sagen können, nehme ich zur Kenntnis, nehme ich nicht zur Kenntnis. Den Fall, dass sich bei der Nichtzurkenntnisnahme eine Gemeinderatsmehrheit gebildet hätte, hätten wir die Stücke auch rückabwickeln müssen. Die konkrete Frage, wie geht man mit diesen Stücken um, da bin ich immer gerne gesprächsbereit und wie gesagt, auch dieses Stück liegt ja jetzt zur Einsichtnahme auf, wenn das vorher gewünscht ist, können wir das auch gerne den Klubs zur Verfügung stellen, damit es also nicht hier quasi zur Überforderung kommt. Für mich ist es ja auch immer wieder dann überraschend, wenn da 50 Seiten möglichst von mir zusammengefasst werden, weil wenn ich es komplett berichten würde, dann würde man wahrscheinlich noch länger mit unserer Gemeinderatstagesordnung brauchen. Also von mir aus liebend gerne, auch diese Stücke rechtzeitig, damit man sie sich wirklich anschauen kann. Da habe ich überhaupt kein Problem damit, aber eigentlich handhabe ich auch Dringlichkeitsverfügungen, die in den Stadtsenat gehen, persönlich so, dass ich auch schaue, gibt es dafür eine Gemeinderatsmehrheit ja oder nein, damit wir nicht nachher die Peinlichkeit haben, dass etwas wieder rückabgewickelt werden muss und das ist, glaube ich, ganz, ganz wesentlich. Also meine Vorgangsweise ist immer die, ich erkundige mich, gibt es eine Mehrheit für das Stück, meistens beim Regierungspartner, wenn die gegeben ist, dann wird dieses Stück auch eingebracht und dann gibt es auch nachträglich keine Korrektur mehr. So weit einmal die erste Geschichte. Die zweite Geschichte, die zweite Frage, die da hier mitgeschwungen hat, kann ich auch ganz gern aufklären, ich lese auch gerne das gesamte Stücke vor, aber der Tagesordnungspunkt 2, das war der, den Kollege Wolfgang Riedler hier vorgebracht hat und wo er immer wieder ein sogenanntes Wahlversprechen von mir hier hereinbringt. Ich habe im Dezember von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auch das gibt es bei uns im Statut geregelt, dass ich ein Stück, auch als Bürgermeister, von der Tagesordnung absetzen kann und zwar ab dem Zeitpunkt, wo mir klar geworden ist, was es bedeutet, wenn wir das vom Kollegen Riedler eingebrachte Stück beschließen, da waren Preiserhöhungen, muss man wieder differenzieren zwischen privaten Kunden und Firmenkunden in den unterschiedlichen Energiebereichen, vorgesehen in einem Ausmaß bis zu 17 %, je nach Sparte. Und ich habe in der Dimension dann als Bürgermeister entschieden, dass das so nicht gehen kann und habe das Stück dann von der Tagesordnung genommen. Jetzt muss es wieder drauf und wir haben selbstverständlich darauf geachtet, dass die

Preiserhöhung, gerade im Strombereich, auch mitverursacht durch unseren Zulieferanten, in dem Fall auch unserem Geschäftsmiteigentümer, nämlich das vom Land Steiermark dominierte Unternehmen Estag auch als Vorlieferant eine Preiserhöhung durchgeführt hat, allerdings mittlerweile, damals noch nicht versehen mit zusätzlichen familienfreundlichen und sozial gerechtfertigten Ermäßigungen, das hat es ja damals alles noch nicht gegeben. Und wir haben natürlich unsere Beschlussfassung dort auch wieder angebracht, diese Erhöhungen kommen für mich nicht in Frage, ich weiß auch, dass ein gänzlich Einfrieren in einem Unternehmen niemals möglich ist, aber diese Dinge, die damals den Bürgerinnen und Bürgern von Graz hätten zugemutet werden sollen, haben wir damit auch Gott sei Dank abgewendet und da bin ich froh drüber. In Punkt 2 unserer Beschlussfassung gibt es jetzt folgenden Zusatz: Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2008 der Energie Graz GmbH und Co KG mit folgendem Zusatz: Vorbringen des zweiprozentigen Gesellschafters der Stadt Graz, also das ist das, was wir jetzt hier offiziell getan haben. Die im Wirtschaftsplan enthaltenen Preiserhöhungen 2008 für Strom und Gas sollten nach Ansicht der Stadt Graz durch alternative Maßnahmen im operativen Bereich, die eine analoge Ergebniswirksamkeit erzielen, ersetzt werden. Die Geschäftsführung sollte den Auftrag erhalten, mit allem Nachdruck solche alternative Maßnahmen prioritär zu betreiben. Und das möchte ich da auch einmal anmerken, weil das ganz, ganz wichtig ist, hätten wir es im Dezember beschlossen, hätte es für die Grazerinnen und Grazer eine Preiserhöhung ab dem 1. Jänner des Jahres 2008 gegeben, jetzt gab es Preiserhöhungen in einem wesentlich geringeren Ausmaß ab dem, ich glaube, es war dann der 1. 8., und es gab diese sozialen Abfederungsmaßnahmen und diese Schecks, die ich auch sehr gut heiße, und wir haben den klaren Auftrag erteilt an unsere Geschäftsführer dort, diese Preiserhöhungen, die damals quasi schon fixiert hätten werden sollen, in Graz gibt es, glaube ich, noch keine Größenordnung, möglichst abzufedern und durch Einsparungsmaßnahmen oder neue Ideen auch abzuwenden, das ist der Beschluss, den ich mittels Dringlichkeitsverfügung gemacht habe (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich finde es bemerkenswert, dass du offenbar nicht genau weißt, was damals in dem Stück drinnen gestanden ist, Herr Bürgermeister, von

einer Preiserhöhung am 1. Jänner 2008 war nirgendwo die Rede, die war ja nicht einmal von der Geschäftsführung geplant, auch nicht vom Aufsichtsratsvorsitzenden, Dr. Wolfgang Malik. Von einer 17-%igen Strompreiserhöhung ist in diesem Stück nichts drinnen gewesen, sondern es war der Wirtschaftsplan, der beschlossen werden sollte, der mit einem Einnahmenausgleich, wie es die Geschäftsführung vorschlagen hatte, versehen war. Es ist auch falsch, wenn du behauptest, dass es zu diesem Zeitpunkt noch keine Ausgleichsvorschläge auf politischer Ebene, etwa mit dem Strompreisscheck, gegeben hätte, es ist aber richtig, dass die ÖVP auf Landesebene dagegen war. Dass du das begrüßt, freut uns sehr, eine Initiative deinerseits ist mir aber in dem Fall überhaupt nicht bekannt. Was vielmehr richtig ist, ist, dass es zu einer Strompreiserhöhung gekommen ist, anders als du es, und ich kann es dir gerne vorlesen, anders als du es im Wahlkampf noch verkündet hast. Und das, worauf ich hinaus will, ist in Wirklichkeit, dass du hier mit den Kompetenzen, die der Bürgermeister zweifellos hat, nicht korrekt und nicht politisch richtig umgegangen bist. Weil natürlich jederzeit eine Diskussion über all diese Dinge im Gemeinderat möglich wäre, vielleicht war es dir peinlich, dass die ÖVP zuerst auf Vorschlag des Aufsichtsratsvorsitzenden, mit Zustimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden Malik, mit Zustimmung deiner Fraktion in den zuständigen Ausschüssen, und alle haben das Stück natürlich genau gekannt, es ist ja sogar diskutiert worden, damit gemacht haben, bis du einen Wahlkampfschlager gewittert hast. Faktum ist aber, und das halte ich dir politisch und persönlich vor, dass du dein Wort in dem Zusammenhang gegenüber den Grazerinnen und Grazern gebrochen hast. Und das stimmt schon sehr, sehr bedenklich, wenn jetzt ausgerechnet, um das irgendwie zu camouflieren, mit einer Dringlichkeitsverfügung vorgegangen wird, obwohl es absolut möglich gewesen wäre und diese Termine der Generalversammlung einer Gesellschaft, die im mittelbaren, sehr entfernten zwei prozentigen Einfluss der Stadt liegt, könnte man durchaus absprechen, dazu hat sich die Geschäftsleitung ja jederzeit bereit erklärt, wenn man genauso gut in einer Sitzung vor dem Sommer debattieren hätte können. Ich stelle fest, du wolltest dich vor dieser Debatte drücken (*Applaus SPÖ*)



Bgm. Mag. **Nagl**: Mir ist ganz, ganz wichtig und ich sage das unaufgeregt, aber durchaus sehr deutlich. Ich glaube, dass ich sehr korrekt vorgegangen bin in all diesen Punkten. Es ist sicherlich ganz leicht möglich, den Unterschied zwischen dem von dir eingebrachten Stück, und dazu lade ich alle ein, die heute da sind und ein Interesse daran haben, und dem heutigen Stück sich anzuschauen. Dass die ÖVP auf Landesebene keine Freude mit der Vorgehensweise vom Herrn Landeshauptmann Voves hatte, verstehe ich auch, weil da eigentlich einmal plädiert wurde, dass es überhaupt nicht zu diesen Strompreiserhöhungen kommt und man sich das darauf stattfindende Zurückgeben des Geldes vielleicht auch ersparen kann. Da war der Weg der Landes-ÖVP, dass ein Energieunternehmen, das im Eigentum des Landes steht, solche Preiserhöhungen sozial gerecht, weil die Dividende des Landes, glaube ich nach wie vor, gemeinsam mit den Franzosen rund 60 Millionen Euro pro Jahr beträgt, von Rücklagenbildungen in einem Ausmaß fast derselben Höhe ganz zu schweigen und deswegen hat die Landes-ÖVP gesagt, wenn wir eh so viele Gewinne machen, dann könnten wir uns das überhaupt ersparen. Das ist unser Vorlieferant, unser Vorlieferant hat dann in einem kleineren Ausmaß erhöht und ich lade dich gerne ein, die beiden Stück auch zu vergleichen, dann einmal zu analysieren, dann wirst du sicherlich feststellen, dass das nicht stimmt und noch einmal, die Grazerinnen und Grazer sind mit meiner Vorgangsweise sicher einverstanden, dass sie im ersten Halbjahr sich zumindest drei Millionen Euro, wenn ich es noch richtig im Kopf habe, schon erspart haben (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister! Nachdem ja Schwarz/Grün das Demokratiepaket angekündigt hat, wobei mir die Fragen der Minderheiten und Oppositionsrechte natürlich genauso wie der grünen Fraktion in der vorangegangenen Funktionsperiode am Herzen liegen oder die Frage der Bezirksdemokratie und deren Ausgestaltung und der Zukunft der Bezirksämter etc, alles auf den Tisch gehört. Für mich ist, Herr Bürgermeister, für mich ist die Frage der Dringlichkeitsverfügungen ein Schuhlöffel, um einfach diese Demokratiedefizite zu beheben in der Stadt Graz im Statut und eine gemeinsame Vorgehensweise zu diskutieren. Deswegen fordere ich eine Klubvorsitzenden-, Klubobfrauen-, Klubobmännerkonferenz sehr dringlich, damit wir alle den Fragen, die zum Thema Demokratiereform transparent auf den Tisch

bekommen. Der § 58 Abs. 1 sagt, Dringlichkeitsverfügungen macht der Bürgermeister anstelle des Stadtsenates, wenn der gerade im Urlaub ist oder nicht verfügbar ist oder im § 58 (2) heißt es, der Bürgermeister kann anstelle des zuständigen Organs die Dringlichkeitsverfügungen machen. Weil wir werden noch mit anderen Dringlichkeitsverfügungen konfrontiert werden, wo nicht der Stadtsenat befasst wurde. Deswegen meine ich, ich greife deinen Vorschlag gerne auf, wir sollten nicht nur bei ganz allgemeinen Zusagen bleiben, Herr Bürgermeister, wir sollten jetzt dringlichst diesen Demokratieschub angehen. Unserer Meinung nach müssten 14 Tage, bevor dem Gemeinderat die Dringlichkeitsverfügungen zur Kenntnis gebracht wird, um darüber abzustimmen, müssten die inhaltlich und qualitativ den Gemeinderatsfraktionen und Stadtsenatsmitgliedern vorliegen. Das ist meine Mindestforderung dazu. Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein Kollege, Klubobmann Karl-Heinz Herper hat sich jetzt zweifach zu dem Punkt geäußert, der schon vorgesehen ist, dringlicher Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, überbetitelt. Mehr Transparenz für den Gemeinderat bei Ferial- und Dringlichkeitsverfügungen. Dort sind wir jetzt, wir ziehen die Debatte zu diesem dringlichen Antrag vor und deswegen melde ich mich jetzt auch, weil dazu gibt es einiges zu sagen. Einige Ansätze sind jetzt auch gerade von dir an uns gerichtet worden. Es ist vorher gesprochen worden, über Jahrzehnte hat es eine Praxis gegeben. 58 Jahre hat in diesem hohen Haus eine statutenkonforme Vorgangsweise gegeben und auch in dieser Periode des Gemeinderates ist diese statutenkonforme und einer guten demokratischen Tradition und einer der Vernunft für die Grazer Bürger folgenden Praxis fortgesetzt worden. Und wir brauchen ja nur auf den Kalender schauen, manche können den 28. September nicht erwarten und ich weiß, wir sind alle Rennpferde, sie scharren mit den Hufen. Aber ich glaube, wir sollten die Leute draußen überzeugen und nicht hier Scheingefechte führen. Wir wollen das Bestmögliche für unsere Bürger und Bürgerinnen und damit auch für die Stadt Graz (*Applaus ÖVP*). Und eine, stehe nicht an, bin Jurist, wie man wahrscheinlich weiß und wenn alles schon gesagt und gesetzt und gesetzt worden wäre, ein Großteil unserer Arbeit wäre nicht mehr notwendig, wenn alles restlos bestens wäre. Aber

über die Veränderung von Dingen, die nochmals einer demokratischen Praxis und der Vernunft folgen, soll man nicht auf gut Deutsch überhaupt vornehmen. Und, Herr Stadtrat Wolfgang Riedler, man müsste in die Archive gehen, aus deinem Ressort, unter deiner Finanzreferentenschaft sind Gott sei Dank immer wieder Dringlichkeitsverfügungen vorgenommen worden und haben selbstverständlich, weil sie richtig und gut waren, von uns die positive Zurkenntnisnahme erhalten. Bei der nächstfolgenden Gemeinderatssitzung, und es spricht überhaupt nichts dagegen, dass wir diese Praxis so lange fortsetzen im Interesse der Vernunft und der Bürger, und da schließe ich an, Karl-Heinz Herper, in Ruhe und mit Verfassungsjuristen allenfalls eine andere Vorgangsweise finden. Aber wir sollten jetzt nicht angesichts einer unmittelbar bevorstehenden Wahl diese Vernunft und dieses Wohl der Grazer Bevölkerung einfach über Bord werfen. Ich appelliere, dass wir diese Praxis fortsetzen und dass wir, das ist bereits angekündigt worden im Zuge der letzten Stadtregierung, über diese Dinge und auch über andere, Sie haben es in der Zeitung gelesen, über die Verkleinerung dieses Gremiums, über Dinge, darüber ist mit allen Parteien zu verhandeln, das wurde auch betont, es sind keine Vorabbeschlüsse gefasst worden und ich appelliere, auch in dieser Sache keine Vorabbeschlüsse zu fassen, sondern nach demokratischer Diskussion allenfalls dann eine gemeinsame Petition an den Landesgesetzgeber zu fassen. Überzeugen wir den Bürger durch Argumente und hier nicht durch Scheingefechte (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Klubobmann. Mir ist ganz, ganz wichtig, und falls es so gedacht gewesen wäre vom einen oder vom anderen, würde ich es auch schärfstens zurückweisen, mit ist wichtig, da wird nichts versteckt, sondern es wird offen und klar dem Gemeinderat darüber berichtet, was in der Zwischenzeit auch Beschlusslage war. Es kann auch rückgängig gemacht werden, aber mir ist eines schon wichtig und das verstehe ich, das verstehe ich natürlich jetzt schon auch, die Sozialdemokratie, die in den letzten Jahrzehnten auch immer Hauptverantwortung mitgetragen hat und diese in der Form jetzt nicht mehr mitträgt, wünscht sich, und das sage ich auch gerne zu, dass nachdem ein solches Stück beschlossen wird, auch möglichst umgehend, und deswegen habe ich mit der 14-Tage-Regel ein bisschen ein Problem, möglichst umgehend, nämlich das nächste Stück ist erst am 14.9. durch

den Stadtsenat gegangen, da könnte ich die 14-Tage-Regel jetzt gar nicht erst einhalten, das heißt, sobald die Beschlussfassung erfolgt im Dringlichkeitswege, sollten die Mitglieder auch informiert werden. Das heißt ganz konkret, passiert ein Stadtsenatsstück, ist es wichtig, dass da die Klubs informiert werden und passiert ein Bürgermeisterstück, dann auch und das können wir dann auch so vereinbaren, da brauche ich jetzt noch gar nicht die ganze Demokratiereformdebatte bemühen, es wäre gut, wenn aber solche Dinge auch dort dann diskutiert werden würden. Und wie gesagt, zum verschleiern oder zu verheimlichen gibt es da überhaupt nichts und das hat ja auch schon diesbezüglich diese politische Debatte ergeben. Ich verstehe den Kollegen Riedler, dass er das gerne wieder so aufwärmen würde, es wird aber nicht richtiger, wenn du betonst, ich hätte irgendetwas versprochen. Du kennst mich gut genug und ich bin auch Unternehmer, gut genug, zu wissen, dass es nicht möglich ist, dauerhaft Preiserhöhungen komplett auszuschließen. Ich habe damals gesagt, diese von dir vorgesehene Erhöhungen kommen für mich nicht...

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ich habe keine vorgesehen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Du hättest uns zumindest auch sagen können, was es bedeutet, wir haben den Bürgerinnen und Bürgern Geld erspart, was bei der Teuerungsdebatte, die wir jetzt haben, auch ganz, ganz wichtig ist, es ist politisch abgefedert worden und mehr gibt es dazu eh nicht aus meiner Sicht zu sagen.

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klubobmann der SPÖ hat den Finger in eine Wunde gelegt und hoffentlich auch in die SPÖ-Wunde. Denn wenn klar ist, dass das eine lange Tradition schon hat, mit der Ferialverfügung so umzugehen, wie umgegangen wird, dann möchte ich daran erinnern, dass viele, viele Jahre es ja eigentlich einen SPÖ-Bürgermeister gegeben hat und es hier offenbar auch nicht anders gehandhabt wurde. Ja, der Gemeinderat

hat das Recht, umfassend informiert zu werden, das ist ein demokratiepolitisches Prinzip. Wenn das nicht geschehen ist, dann ist das für uns, für meine Fraktion ein sehr bedauerlicher politischer Fehler. Wir haben in den letzten Wochen mehrmals betont, dass sich die Kommunikationskultur in diesem Haus wesentlich zu verändern hat. Wir haben das auch in der letzten Regierungssitzung angekündigt, und nicht nur angekündigt, sondern wir haben auch, und das hat auch der Klubobmann der ÖVP in seiner Wortmeldung deutlich gemacht, es wird intensive Gespräche geben über die demokratischen Gepflogenheiten und Veränderungsnotwendigkeiten in diesem Haus. Und bei dieser Debatte, bei diesen Gesprächen wird es sicher auch um diesen Punkt gehen, wie wird mit Ferialverfügungen umgegangen, vor allem wie wird mit Informationen und mit dem Informationsrecht umgegangen. Wir werden sehr genau darauf achten (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Liebe Sigi Binder, nur ein kurzer Satz zu dem, was du gerade gesagt hast. Es wäre zum Beispiel ein Fortschritt, wenn man nicht einfach von Ankündigungspolitik leben würde, sondern wenn man grundsätzliche Veränderungen in der Stadtverfassung vornehmen würde, von vorneherein versuchen würde, den Kontakt zu den andere Stadtsenatsfraktionen zu suchen, das ist aus meiner Sicht jedenfalls nicht geschehen.

**Zwischenruf GRin. Binder: Es wird passieren, Wolfgang, nimm es einfach an.**

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Es wird passieren, ist zu spät, wenn man es angekündigt hat, was man machen wird und es sozusagen schon als politischen Erfolg verkaufen möchte. Aber ich höre deine Worte und bin schon sehr gespannt, ob dem endlich auch einmal grüne Taten folgen werden, weil außer Paradigmenwechseln habe ich bei euch ja noch nicht viel erkennen können (*Applaus SPÖ*). Um jetzt aber noch einmal zum Bürgermeister zurückzukommen: Wenn du mir die Stelle zeigen kannst,

wo du die Preiserhöhungen in meinem Stück entdeckt haben willst, das was drinnen gestanden ist, war ein Wirtschaftsplan und das was jetzt drinnen steht, ist ein Wirtschaftsplan. Und diese Wirtschaftspläne werden von der Geschäftsführung vorgelegt und man kann sie dann kritisieren oder nicht kritisieren, Faktum war, dass es weder von dir kritisiert wurde, noch von deinen Kollegen in den Ausschüssen und schon gar nicht von dem Mann des ÖVP-Vertrauens im Aufsichtsrats, dem Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Malik, der das sogar mitbeschlossen hat. Fakt. Und es nützt jetzt also auch nichts zu versuchen, sich jetzt herauszureden, du hast genau das versprochen und dein Versprechen einem Weihnachtsmann ähnlich, der schlecht drauf ist, nicht gehalten. Also der Bürgermeister Nagl als Weihnachtsmann im Wahlkampf war eine wohl bekannte Figur, zu Ostern war dann schon alles anders. Und ich möchte dir gerne sagen, dass eigentlich die Stadt gewarnt sein hätte sollen nach dem Verfügungsdesaster, nach dem ININ, wo ein Riesenschaden entstanden ist durch eine Dringlichkeitsverfügung, die auch du zu verantworten hattest, Herr Bürgermeister. Und du hättest daher besser wissen sollen, wie man damit umgeht. Es ist nicht die Frage, Herr Hofrat Piffel-Percevic, das ist nicht die Frage, ob eine Dringlichkeitsverfügung sinnvoll ist oder nicht sinnvoll ist, wenn es so etwas wie Gemeinderatsferien gibt, dann muss es natürlich ein Notinstrument, und die Betonung ist auf Not, und damit auf Ausnahmeinstrument geben. Eine Generalversammlung einer Gesellschaft, die bereit ist, ihre Generalversammlungstermine auf Zuruf zu ändern, auch wenn der Herr Bürgermeister zuruft, und das ist ja mehrfach geschehen, wo man also Einfluss hat auf den Generalversammlungstermin, so zu legen, dass es nur mehr über eine Dringlichkeitsverfügung zu einer Entscheidung kommen kann, das ist für mich kein Thema für eine Dringlichkeitsverfügung, das ist der Kern der Sache und da gibt es, wir werden vielleicht heute über den einen oder anderen Fall noch diskutieren. Es geht darum, wie man mit einem solchen Instrument umgeht und Faktum ist, dass zum Beispiel Bürgermeister Stingl in solchen Fällen höchst verantwortungsvoll umgegangen ist, ich aber den Bürgermeister Nagl vorwerfe, dass er das nicht tut, sondern dass er das nach eigenem Gutdünken und nach politischen Vorteilsrechnungen macht und das ist eine politische Kritik, von der ich wirklich die beiden Regierungsfractionen, die in dem Koalitionsübereinkommen vereint sind und gemeinsam im Bett liegen, ersuche, das endlich ernst zu nehmen, das ist ein Gemeinderat, der ernst genommen werden will und das ist eine Stadtregierung, die

ernst genommen werden will und mit der man nicht einfach sozusagen per Zuruf oder per persönlichem Vorteil umgehen sollte. Das spottet der Demokratie und das hat mit Wahlen nur insofern zu tun, als das offenbar eine Linie ist, die die ÖVP auf verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen immer wieder verfolgt. Daher würde ich einmal sagen, es wäre gut, und ich nehme jetzt das Angebot des Bürgermeisters an, über diese Themen zu diskutieren (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich freue mich jetzt schon riesig auf das von dir bezahlte Essen. Zweitens ich verstehe bis zum heutigen Tag deinen Groll, dass es mir auch politisch gelungen ist, den Grazerinnen und Grazern im ersten Halbjahr dieses Stormpreiserhöhung, die von dir sicher gekommen wäre, zu ersparen und dann eine Abschwächung zustande gebracht habe und das tut dir politisch weh (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wenn es nicht so traurig wäre, wäre es ehrlich gesagt zum Lachen, weil jetzt reden wir 60 Minuten zu einem Thema, und der Hofrat hat ja früher den sogenannten Bürger oder den kleinen Mann auf der Straße mehrmals zitiert. Ehrlich gesagt und ich glaube, dem Bürger ist das vollkommen gleich, es weiß kein Bürger, zu 99,9 Prozent weiß niemand, was eine Ferialverfügung ist, was eine Dringlichkeitsverfügung ist und jetzt wird wieder der Bürger strapaziert, der Kollege Riedler hat das ja gesagt will der Gemeinderat überhaupt ernst genommen werden, weil das frage ich mich schon oft dann, wenn man sich jetzt wieder diese Diskussion anschaut und ich finde, es ist ja eigentlich nichts einzuwenden gegen den Antrag, gegen den dringlichen Antrag der SPÖ, es geht ja im Prinzip nur um eine zusätzliches Informationsbedürfnis und das kann ich ja wenn es um relativ große Summen sich oft handelt, glaube ich, ist ja überhaupt nichts dabei, wenn vom Bürgermeister 14 Tage vorher, Sie haben das natürlich auch ein bisschen ins Lächerliche gezogen. Aber es geht ja darum, dass es gemeint ist, dass nicht Verfügungen getroffen werden und heute werden wir im Gemeinderat dann verständigt. Dass wird dann so normalerweise im Schnellzugsverfahren heruntergeleiert und eigentlich niemand weiß genau, um was

es gegangen ist. Also es ist nichts dabei, wenn Sie vorher das ausschicken, man kann sich das vorher anschauen, und zur Kollegin Binder, hie und da verstehe ich die Welt nicht mehr, wenn Sie das Wort Tradition in den Mund nehmen, sonst, wenn wir das sagen, Kollegin, hat es Sie immer geschüttelt, dass es gerade so war und jetzt auf einmal fordern Sie Tradition ein. Sie haben immer gesagt, das war immer so Tradition, das soll immer so bleiben, ich bin...

***Zwischenruf GRin. Binder: Ich glaube, Sie haben mir nicht zugehört.***

Mag. **Korschelt:** Ich habe schon zugehört, vielleicht habe ich es wieder einmal nicht verstanden. Wir verstehen uns so schlecht, vielleicht darf ich Sie einmal zum Essen einladen, nachdem wir heute alle... Wir können auf ein Käsekrainer auch gehen, damit wir steirisch bleiben. Aber wie gesagt, zurück zur Sache, ich finde, Herr Bürgermeister, und wie gesagt, lassen Sie Ihre Toleranz als Bürgermeister walten und ich finde da überhaupt nichts dabei und beschließen wir diese Diskussion, weil jetzt rede ich auch schon so lange dann, ich verfalle schon in Weinmeisterdimensionen, was ich nicht unbedingt will, aber wie gesagt, überhaupt nichts dabei. So viele Dringlichkeitsverfügungen gibt es ja nicht und machen Sie die drei oder vier Sachen und schicken Sie das den Klub aus und damit ist die Sache erledigt und ich glaube, es wird niemand etwas dabei finden und es will Ihnen ja auch niemand unterstellen, weil das klingt bei Ihrer Wortmeldung auch immer so, als würde Ihnen ja niemand unterstellen, dass Sie irgendetwas unsachgemäßes, das will Ihnen niemand unterstellen, sondern das Einzige, was halt eingefordert wird, ist halt Information und wenn es um große Summen geht, ist es ja nicht uninteressant, also wie es zum Beispiel bei einem Aufsichtsrat jederzeit möglich ist, dass es einen Umlaufbeschluss gibt (*Applaus FPÖ*).



Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Herr Gemeinderat. Ich weiß nicht, ob Sie mich da falsch verstanden haben in einem Punkt. Ich habe gesagt, ich möchte es eigentlich viel unbürokratischer machen. Ich habe ja auch keine Freude, wenn ich am Tag des Gemeinderates dann soviel Papier bekomme, wo ich dann noch versuche abzukürzen, bei einem Großteil, sage ich jetzt auch einmal dazu, in den letzten fünfzehn Jahren, bei einem Großteil meiner Mitteilungen hat man nicht einmal wer zugehört und ich habe da Leseübungen vollbringen müssen. Ich brauche das selber nicht und ich bedanke mich auch, dass Sie jetzt auch anders als der Herr Klubobmann und anders als der Herr Finanzreferent a.D. und jetzige Kulturreferent mir nicht unterstellen wollen, dass ich da etwas verheimlichen wollte, weil so wurde es ja gerade vorhin dargestellt. Ich mache das liebend gerne und diese 14-Tage-Regelung habe ich insofern noch verbessert, indem ich gesagt habe, das nächste Stück zum Beispiel ist erst in der vergangenen Woche beschlossen worden, da brauche ich keine 14-Tage-Frist, sondern auch das hätte ich gleich sofort ausgeschickt, das heißt, es wird hinkünftig eine solche Dringlichkeitsverfügung gleich an alle Klubs ergehen und dann haben wir die Geschichte schon erledigt. Da brauchen wir weder dringliche Anträge noch großartige Statutenreformen, wir werden es so durchführen.

*Die Mitteilung wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.*

#### **4) Ferialbeschlussfassung gemäß § 45 Abs. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz (Stadtsenatssitzung vom 5.9.2008)**

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt gibt es eine Geschichte, die auch nicht unwesentlich ist, auch da ersuche ich die Mitglieder des Gemeinderates, die Ferialverfügung zur Kenntnis zu nehmen. Gerade der Juli war von vielen ein begehrtes Urlaubsmonat und das möchte ich auch einmal dazu sagen, es wäre gut, dass man die Urlaube auch auf Stadtregierungsebene noch ein bisschen besser koordiniert, dann ist auch über den

Sommer das Arbeiten etwas leichter und dann käme es vielleicht erst nicht zu solchen Ferial- und Dringlichkeitsverfügungen.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wir gehen zusammen segeln.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ich weiß nicht, ob du soviel Wind aushältst (*Applaus ÖVP*). Jetzt bitte ich aber, dass wir ernsthaft zurückkommen. Es gab eine Ferialverfügung, die der Stadtsenat genehmigt hat. Es ging hier einfach darum, dass wir das Angebot Verkehrsfinanzierungsvertrag erweitern. Es wurde ein Schienenersatzverkehr für die Veranstaltung „Aufsteirern“ eingerichtet, der durch einen zusätzlichen Zuschuss zur Stärkung der Kapitalbasis im Ausmaß von 14.000 Euro gewährt wurde. Darüber ist in der nächsten Sitzung des Kontrollgremiums, anberaumt für den 30.9.2008, ein entsprechender Beschluss auf Basis der angefallenen Kosten der GVB zu fassen. Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates diese Ferialverfügung zur Kenntnis zu nehmen.

***Die Mitteilung wurde einstimmig angenommen.***

**5) Grazer Energieagentur Ges.m.b.H.; Stimmrechtsermächtigung für die Vertreterin der Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Dringlichkeitsverfügung gemäß § 58 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz**

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Grazer Energieagentur, auch hier gab es eine Dringlichkeitsverfügung, die Grazer Energieagentur hat im Umlaufwege folgende Beschlussfassungen herbeigeführt: 1. Beschlussfassung im schriftlichen Wege wird zugestimmt. 2. Herr Günther Dörflinger, geboren am 22.3.1957, die Adresse lasse

ich weg, wird mit Wirkung vom 31.7.2008 (Tagesablauf) als Mitglied des Aufsichtsrates der Grazer Energieagentur GmbH. abberufen. 3. Herr Dipl.-Ing. Michael Hermann, geboren am 10.2.1969, wird unter Hinweis auf die vorliegende Erklärung gemäß § 30b Abs. 1 a GmbH mit Wirkung zum 1.8.2008 (Tagesbeginn) als Kapitalvertreter zu Mitgliedern des Aufsichtsrates der Grazer Energieagentur GmbH gewählt. Gemäß § 58 Abs. 1 und § 87 Abs. 2 des Statutes hat Frau Bürgermeisterstellvertreter Lisa Rücker als Vertreterin der Stadt Graz in der Grazer Energieagentur durch den Stadtsenat die Ermächtigung erhalten, im Umlaufwege wie folgt abzustimmen. Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates auch dies zur Kenntnis zu nehmen.

***Die Mitteilung wurde einstimmig angenommen.***

**6) Stadt Graz – Konkurs GAK, Grazer Athleticsport Klub-Fußball-Zustimmung zum beantragten Zwangsausgleich; Abänderung der Unterbestandvergabe; Abänderung der Bedingungen, Dringlichkeitsverfügung gemäß § 58 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967**

Bgm. Mag. **Nagl**: Stadt Graz, Konkurs GAK, meine letzte Mitteilung, ich kann sehr lange berichten, aber ich beziehe mich jetzt einmal auf den wesentlichsten Punkt. Klarstellend wird festgehalten, dass die so geschaffene Gesamtbeschlusslage (Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. Mai 2008 und 5. Juni 2008 sowie die gegenständliche Dringlichkeitsverfügung) unverändert bleibt, nämlich dass die Unterfertigung des Unterbestandvertrages durch die Stadt Graz erst nach Erfüllung sämtlicher Bedingungen laut dieser Gesamtbeschlusslage erfolgt. Das heißt ganz konkret, wir sind hier in keinsten Weise von Gemeinderatsbeschlüssen, die es vorher schon gegeben hat, abgewichen, dadurch ist es möglich geworden, dass es zum Ausgleich des GAK gekommen ist. Dass die Kinder nach wie vor oben spielen und die einzelnen Punkte kann ich Ihnen auch noch gerne vortragen, wenn das gewünscht ist. In der ordentlichen öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am

1.9.2008 aufgrund der Dringlichkeitsverfügung des geschäftsführenden Stadtrates, Finanzreferent Stadtrat Dr. Gerhard Rüscher, betreffend die Modifizierung der Bedingungen, wonach die Stadt Graz ihre Zustimmung zum beantragten Zwangsausgleich des GAK, Grazer Athletiksport Klub-Fußball, erteilt. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz hat in seiner Sitzung am 20. Mai heurigen Jahres die Zustimmung der Stadt Graz zum strukturierten Zwangsausgleichsvorschlag von mehreren Bedingungen abhängig gemacht. Gleichzeitig wurde auch der Abschluss eines Unterbestandvertrages zwischen der Stadt Graz und einer neuen Gesellschaft, deren Gründung mittlerweile erfolgt ist (Sportstätten Weinzödl 1 Betriebs GmbH), betreffend die Liegenschaft Trainingszentrum Weinzödl genehmigt.

Dieser Beschluss wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juni heurigen Jahres insoweit abgeändert, als zwar weiterhin die Zustimmung der Stadt Graz zum strukturierten Zwangsausgleichsvorschlag nur unter der Bedingung der Zustimmung aller Großgläubiger, insbesondere der Republik Österreich und des Landes Steiermark, erfolgt, die ursprünglich auch vorgesehene Zustimmung der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse davon aber ausgenommen wurde.

Von Seiten des Masseverwalters wurde bei der Gläubigerausschusssitzung am 9. Juli bekannt gegeben, dass einer der Gläubiger – nämlich der ehemalige Spieler Daniel Kimoni – unbekanntes Aufenthaltsort sei, weshalb die Einholung einer Zustimmungserklärung von ihm kaum möglich wäre. In Ergänzung zum Inhalt der Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. Mai und 5. Juni ist nun beabsichtigt, auf die Vorlage eines Nachweises, gemäß dem der Gläubiger Daniel Kimoni dem strukturierten Zwangsausgleich zustimmt, zu verzichten, wenn alle anderen erforderlichen Nachweise der Stadt Graz vorgelegt werden. Diese Vorgangsweise ist unter dem Vorbehalt einer gleich lautenden Beschlussfassung durch das Land Steiermark zu sehen.

Ferner wurde am 5. Juni 2008 beschlossen, Punkt VI B) Abs. 2 des Unterbestandvertrages gemäß Beilage 2 zum Gemeinderatsbeschluss vom 20. Mai 2008 insofern abzuändern, als die Unterbestandgeberin ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, einen neuen gesonderten Bestandvertrag betreffend eines Trainingsplatzes mit einem abweichenden Verwendungszweck abzuschließen. In Diskussion steht zum Beispiel die Errichtung eines sportmedizinischen Zentrums oder eine ähnliche der Widmung entsprechende Nutzung.

Mit Schreiben vom 9. Juli heurigen Jahres erfolgte die Einverständniserklärung des selbständig vertretungsbefugten Geschäftsführers der Sportstätten Weinzödl 1 Betriebs GmbH Thomas Hösele, unter der Voraussetzung der Streichung der Wortfolge des Punktes VI A) erster Satz der 1. bis 3. österreichischen Spielklasse“.

Punkt VI A) erster Satz des Unterbestandsvertrages lautet daher neu wie folgt:

Die Unterbestandsgabe erfolgt ausschließlich zum Betrieb eines Fußballtrainingszentrums und zur Aufrechterhaltung und Unterstützung des Spielbetriebes eines Grazer Fußball Vereines.

Im Motivenbericht des Gemeinderatsbeschlusses vom 20.5.2008 wird weiters das Fortführungskonzept der mittlerweile neu gegründeten GmbH insofern dargestellt, als diese das Superädifikat Trainingszentrum mit 1 Million Euro erwirbt und dieses als weitere Sicherstellung für einen Teil des Bankkredits mit einem Höchstbetrag von anfänglich ebenfalls einer Million Euro verpfändet, wobei die Stadt Graz eine jährliche Reduktion dieses Höchstbetrages um ein Fünftel verlangt hat, sodass am Ende der ursprünglichen Förderperiode das Superädifikat, wie ursprünglich vorgesehen, wieder unbelastet ist.

Der Verein wollte diesen jetzt noch 4-jährigen Zeitraum bis zum 31. Juli 2012, wäre das gegangen, auf 15 Jahre ausdehnen, da auch der Tilgungszeitraum für den Kreditbetrag der einen Million Euro auf 15 Jahre konzipiert sei.

In intensiven Verhandlungen mit allen Beteiligten konnte nun folgender Kompromissvorschlag erzielt werden:

Im 5. Punkt des Antragstextes vom 20. 5. iVm 5.6.2008 neu:

Vorlage einer schriftlichen Erklärung der BKS AG, wonach diese dem Verkauf des Superädifikates an die neu zu gründende Gesellschaft zustimmt und auch der Löschung der durch Hinterlegung begründeten Pfandrechte insoweit zustimmt, als künftig hin das Superädifikat nur mehr mit einem Betrag in der Höhe von einer Million Euro (Kaufpreis) haftet. Diese Pfandhaftung endet gemäß dieser Erklärung per 31.7.2012 und verpflichtet sich die BKS AG unwiderruflich, die zur vollständigen Geldlastenfreistellung erforderlichen Erklärungen gemäß Urkundenhinterlegungsgesetz längstens bis zu diesem Termin auszustellen und der Stadt Graz im Original zu übermitteln.

Im ersten Punkt des Antragstextes vom 5. 6. 2008 neu:

Die Zustimmung der Stadt Graz zum strukturierten Zwangsausgleichsvorschlag unter der Bedingung der Zustimmung aller Großgläubiger, insbesondere der Republik Österreich und des Landes Steiermark, ausgenommen der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse. Die Stadt Graz verzichtet auf die Vorlage eines Nachweises gemäß dem der Gläubiger Daniel Kimoni dem strukturierten Zwangsausgleich zustimmt, wenn alle anderen erforderlichen Nachweise der Stadt Graz vorgelegt werden. Dies gilt sowohl für die Kommunalsteuer als auch für die Subventionsrückforderung. Hinsichtlich der bedingt angemeldeten und anerkannten Konkursforderungen, da gibt es einmal den Rückforderungsverzicht zwar gegenüber der Bank für Kärnten und Steiermark AG nicht aber gegenüber dem Verein, wird das kontinuierliche Auslaufen dieses Rückforderungsanspruches bis zum Ende der 10-Jahresperiode, somit bis 2012, als Teil der Ausgleichsvereinbarungen in Form einer Rückstehungserklärung genehmigt.

Im 4., Punkt 2. Teilstrich des Antragstextes vom 5.6.2008 und auch vom 20.5.2008 neu:

Vorliegen folgender Erklärungen des Masseverwalters:

Ausdrückliche Erklärung des Masseverwalters gegenüber der Stadt Graz, dass alle Großgläubiger, insbesondere die Republik Österreich, das Land Steiermark, ausgenommen die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, der Strukturierung des Zwangsausgleiches zugestimmt haben, also hinsichtlich des 50.000 Euro übersteigenden Teils ihrer Forderungen nur eine 5%ige Konkursquote erhalten. Die Stadt Graz verzichtet auf die Vorlage eines Nachweises, gemäß dem der Gläubiger Daniel Kimoni dem strukturierten Zwangsausgleich zustimmt, wenn alle anderen erforderlichen Nachweise vorgelegt werden.

Klarstellend wird festgehalten, dass die so geschaffene Gesamtbeschlusslage (Gemeinderatsbeschlüsse vom 20.5.2008 und 5.6.2008 sowie die gegenständliche Dringlichkeitsverfügung) unverändert bleibt, nämlich dass die Unterfertigung des Unterbestandvertrages durch die Stadt Graz erst nach Erfüllung sämtlicher Bedingungen laut Gesamtbeschlusslage erfolgt.

Da diese Änderungen eine Änderung der derzeitigen Gemeinderatsbeschlusslage bedeuten, die nächste Sitzung des Gemeinderates aber erst für heute anberaumt wurde, und zwischenzeitlich auch keine Sitzung des Stadtsenat vorgesehen war, war es erforderlich, die Zustimmung im Wege einer Dringlichkeitsverfügung durch den

Bürgermeister beziehungsweise durch seine Vertretung, den geschäftsführenden Stadtrat, einzuholen.

Folgende Verfügung wurde jetzt vom Kollegen Rüschi getroffen: Die Unterbestandgabe erfolgt ausschließlich zum Betrieb eines Fußballtrainingszentrums und zur Aufrechterhaltung und Unterstützung des Spielbetriebes eines Grazer Fußballvereines.

Zweiter Punkt: Vorlage einer schriftlichen Erklärung der BKS, wonach diese dem Verkauf des Superädifikates an die neu zu gründende Gesellschaft zustimmt und auch der Löschung der durch Hinterlegung begründeten Pfandrechte insoweit zustimmt, als künftig hin das Superädifikat nur mehr mit einem Betrag in der Höhe von einer Million haftet. Diese Pfandhaftung endet gemäß dieser Erklärung am 31.7.2012 und die BKS hat sich dann verpflichtet, sofort das Original der Stadt Graz zu übermitteln.

Dritter Punkt, die Änderung: Zustimmung zum strukturierten Zwangsausgleichsvorschlag unter der Bedingung der Zustimmung aller Großgläubiger. Die Stadt Graz verzichtet auf die Vorlage eines Nachweises von Daniel Kimoni, habe ich schon mehrfach vorgelesen. Dies gilt sowohl für die Kommunalsteuer, als auch für die Subventionsrückforderung. Hinsichtlich der bedingt angemeldeten und anerkannten Konkursforderungen wird das kontinuierliche Auslaufen dieses Rückforderungsanspruches bis zum Ende der 10-Jahresperiode, somit bis 2012, als Teil der Ausgleichsvereinbarungen in Form einer Rückstehungserklärung genehmigt.

Vierter Punkt: Ausdrückliche Erklärung des Masseverwalters gegenüber der Stadt Graz, dass alle Großgläubiger, insbesondere Republik und Land usw.. Klarstellend wird noch einmal festgehalten, dass die so geschaffene Gesamtbeschlusslage sowie die gegenständliche Dringlichkeitsverfügung unverändert bleibt, nämlich dass die Unterfertigung des Unterbestandvertrages erst nach Erfüllung sämtlicher Bedingungen laut dieser Gesamtbeschlusslage erfolgt.

Ich ersuche die Mitglieder, diese Dringlichkeitsverfügung zur Kenntnis zu nehmen. Anmerken möchte ich noch, dass jetzt ein Ausgleich durchgegangen ist, dass die Kinder, und um die ist es uns in erster Linie gegangen, dort oben nach wie vor Fußball spielen. Dass es einen GAK gibt, der, so wie versprochen, jetzt auch mit einem neuen Präsidenten, in den wir viel Vertrauen setzen, den seriös und positiv wieder in die Zukunft zu führen, hier haben. Dass das Trainingszentrum nach wie vor

von den Kindern benutzt wird, dass wir Gott sei Dank bei der BKS Beschlusslage 2012 dann herauskommen. Und dass wir jetzt die Chance auf eine 5 %-Quote wahrgenommen haben und nicht, wie in einem Konkursfall nur uns mit wahrscheinlich einem Prozent Restsumme und der Problematik Andritz Trainingszentrum wieder beschäftigen hätten müssen, weil nach der derzeitigen Rechtssituation hätten wir im Falle eines Konkurses uns jetzt beim Masseverwalter anstellen müssen, um diese von der BKS eingetragene Superädifikatslösung wieder herauszukaufen, das hätte uns noch zusätzlich Geld gekostet. Und so gesehen hat Kollege Rüschi auch in meiner Abwesenheit diese Dringlichkeitsverfügung beschlossen. Ich hoffe, das war jetzt ausführlich.

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Herr Bürgermeister hat seiner Verlesung als Anhang sozusagen noch sehr ausführlich dargelegt, was die positiven Aspekte, die vorläufig positiven Aspekte dieser Ferialverfügung sind. Ich muss aber schon noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mich persönlich sehr getroffen hat und auch noch sehr trifft. Weil die meisten werden sich noch daran erinnern können, vor den Ferien, bei der letzten Gemeinderatssitzung am 3. Juli bin ich auch hier gestanden, da habe ich eine Anfrage zuerst an den Stadtrat Rüschi gestellt, dann an den Herrn Bürgermeister bezüglich GAK. Der Herr Stadtrat hat die Wechselrede mit mir verweigert damals und der Herr Bürgermeister hat dann sehr ausführlich auch, auch sehr wortreich und sehr deutlich erklärt auf meine Anfrage hin, was denn von den Gerüchten zu halten ist, die via Medien lanciert werden, dass eben einige Zusage schon gegeben wurde, hat er mir da versprochen, mir und uns allen, der Gemeinderatsbeschluss bleibt so wie er ist, das kann er garantieren, da gibt es keinen Verhandlungsspielraum mehr, wenn ich mich richtig erinnere. Es war auch die Zugehörigkeit eines Vereines von der 1. bis 3. Spielklasse Gegenstand dieses Gemeinderatsstückes und wenn ich es richtig aufgefasst habe, ist das jetzt mittels Ferialverfügung geändert worden. Also ich persönlich fühle mich da schon ein bisschen veräppelt, muss ich sagen, weil es erinnert mich auch wieder an die Zeit zurück als Bezirksvorsteher, und so ähnlich fühle ich mich mittlerweile fast als Gemeinderat, dass man zwar in der Öffentlichkeit als verantwortlich dasteht und als Prellbock vor Ort, aber so wie es als



Bezirksvorsteher war, dass von 200 Anträgen 90 % überhaupt nicht beantwortet werden und der Rest wird mit dem lapidaren Satz, ist eingelangt und man hört nie was davon und als Gemeinderat geht es mir so, dass mir da etwas gesagt wird und dann machen Einzelpersonen etwas anderes und man wird lapidar darüber informiert. Ich glaube, so kann es nicht sein und ich möchte auch inhaltlich noch einmal darauf eingehen, und der Herr Winter von der Kleinen ist ja da und der war da sehr hilfreich, weil der Stadtrat Rüschi hat ihm ja ausführlich zehn Fragen beantwortet. Auf diese zehn Fragen möchte ich jetzt hier noch einmal kurz eingehen, weil es zeigt, glaube ich, mit welcher Qualität und unter welchen Voraussetzungen hier Entscheidungen getroffen werden. Da ist die Frage gestellt worden, kennen Sie die Investoren, die den Zwangsausgleich des GAK finanzieren wollen? Antwort: Nein, wir kennen sie leider nicht alle namentlich, das macht rechtlich zwar nichts, aber atmosphärisch ist es nicht sehr hilfreich. Ja super. Warum gestalten sich die Verhandlungen derart langwierig? Es ist schwierig, mit den Investoren zu verhandeln, das Verhalten ist unprofessionell, es geht nicht, dass täglich neue Forderungen eintrudeln. Also wir verhandeln offensichtlich mit unprofessionellen Investoren, die wir nicht kennen. Sichert der Vertrag die Zukunft des GAK, wie es alle immer wieder wortreich via Medien verkündet haben, Sie haben den GAK gerettet, da ist auch nachzulesen, der Vertrag eröffnet zwar die Chance, man muss aber klar sagen, mit der Weiterführung dieses Traditionsvereines hat dieser Vertrag nichts zu tun letztendlich. Liegt Ihnen ein Führungskonzept für den GAK vor? Nein, mir liegt kein Konzept vor, aber es wurde zugesichert, das Geld für ein Jahr ist da, also für ein Jahr haben wir jetzt eine Lösung, ok, das ist auch ein bisschen was, aber sicher nicht die Zukunft. Ist der Betrieb des Trainingszentrums an die Existenz des GAK gekoppelt? Im schlimmsten Fall gilt der Vertrag auch ohne GAK. Was passiert dann mit dem Trainingszentrum: Es muss dann von der SportstättenbetriebsgmbH zu denselben Konditionen wie dem GAK anderen Grazer Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Da kann ich jetzt schon sagen, ich habe jetzt schon den Nachweis, dass jetzt schon diese Bedingungen nicht eingehalten werden. Wir haben im Vertrag, wenn ich richtig im Kopf habe, 62 Euro wertgesichert pro Stunde drinnen stehen im Vertrag und es gibt einen Grazer Sportverein, der um ein Drittel mehr als Rechnung bekommen hat für sein Training auf diesem Platz, nämlich 84 Euro. Also was kann man von Investoren, von einer SportstättengmbH halten? Ich habe Sorge, dass da einiges auch in Zukunft noch schief gehen wird. Und dann letzte Frage, liegt ein Konzept vor,

was die Investoren am Trainingszentrum planen? Nein, aber so etwas kann man nicht so aus den Boden stampfen. Ich meine, aus den Boden stampfen kann man ein Konzept nicht, aber eine Ferialverfügung oder eine Entscheidung wie diese kann man aus den Boden stampfen und ich sage, unter diesen Rahmenbedingungen eine Entscheidung zu treffen, ist für mich unverantwortlich und mich wundert nicht, dass angesichts solcher Rahmenbedingungen, unter denen Entscheidungen getroffen werden in dieser Stadt, das muss ich jetzt als neuer Gemeinderat sagen, für mich ist das alles neu. Mich wundert es nicht, dass wir eine Milliarde Euro Schulden haben, weil genauso kommen solche Schulden in Summe dann zustande über die Jahre bei hunderten und tausenden Entscheidungen, die unter solchen Voraussetzungen getroffen werden. Noch einmal, mir uns allen liegt auch das Wohl der Jugend und das Wohl der Jugend, die am GAK-Platz trainieren, am Herzen. Ich wünsche, dass es so bleibt, hoffe, dass es so ist, ich hoffe es für die Jugend, wenn es nicht so sein sollte, wenn was schief geht, dass dann die, die das so beschlossen haben und uns das so eingebrockt haben, dann auch die Verantwortung ziehen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Herr Gemeinderat und da komme ich Ihnen jetzt ganz deutlich, ich sage Ihnen das, ich trage die Verantwortung in der Stadt, es ist nicht darum gegangen, im Sommer irgendwann eine Verfügung zu treffen, die abweicht. Der Masseverwalter macht eine letzte Sitzung und sagt, meine lieben Herrschaften, jetzt gibt es ein paar neue Bedingungen, der eine Mensch, der auch Gläubiger ist, ist nicht aufzufinden, er ist unsteten Aufenthaltes. Wenn ihr da jetzt draufbleibt, kann ich zumachen und es ist der Konkurs da, Punkt eins. Zweitens, dieser Verein spielt jetzt dort oben, wir hätten am selben Tag den Kindern die Dressen quasi runternehmen müssen und den GAK hätte es nicht mehr gegeben. Die Verantwortung habe ich gerne übernommene und ich stehe auch dazu. Die Investorengruppe, die hier aushilft und einfach einmal sagt, wir geben nicht einfach nur mehr ein Geld irgendeinem Vereinspräsidenten und einer Führung und die sollen dann wieder schauen, wir wollen diesen GAK retten, wir wollen auch ein sportmedizinisches Zentrum ein anderes noch errichten, das haben wir alles vorher beschlossen und hat, glaube ich, auch immer inhaltlich Ihre Zustimmung bekommen. Und jetzt kommt für mich ein

ganz, ganz wichtiger Punkt, die spielen da oben, das ist nicht vorbei und für den Fall, dass der GAK, und den kann niemand garantieren, deswegen haben die auch gesagt, bitte wir reden über einen langen Finanzierungszeitraum, wir wissen nicht, ob der GAK das überlebt, wir können das ja niemals hundertprozentig garantieren, das geht über unsere Möglichkeiten hinaus. Nicht wir, sondern das ist Auftrag der Investoren, die haben gesagt, das können wir niemals hundertprozentig zusichern. Aber für den Fall, dass jetzt der GAK einmal auch nicht sein sollte und trotzdem, noch einmal, der Verein sich auflöst oder einen Konkurs hat, dann muss dort oben weiterhin Fußball gespielt werden, sonst gibt es nicht und jetzt frage ich Sie ganz ehrlich, ob das die Grazer Kinder sein werden oder nicht, wer dann sonst Fußball spielen soll und sonst werden sie nicht wissen, wie sie es tun...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja dann hättet ihr selber das Geld in die Hand nehmen müssen. Na selbstverständlich hätten wir es müssen. Wir haben Gelder in die Hand genommen zu einem Großteil auch zur Abdeckung alter Schulden und zum Fortführen des Vereines, wo wäre es denn sonst hergekommen? Und deswegen sage ich noch einmal dazu, Kollege Rüschi hat das machen müssen, weil die Masseverwalter gesagt haben, heute ist Deadline und das sind die zwei Punkte. Muss es 1. bis 3. Klasse sein, ich wünsche mir, dass wir nur in der obersten Spielklasse spielen und man kann Vertrauen gegenüber Investoren haben oder auch nicht, wie gesagt, in dem Fall haben sie mitgeholfen und ich würde nicht immer gleich annehmen das Schlechteste und das Schlimmste und dass irgendwer umfallen würde. Wir können nicht umfallen, wir sind gut dran, die BKS-Forderungen kommen wieder heraus, da wäre vorher überhaupt keiner herausgekommen, da wäre niemand herausgekommen, was ist da der Unterschied? Der zweite Unterschied, bitte auch noch einmal, Geld in die Hand nehmen kannst immer, aber das wollten wir nicht, wir haben gesagt, ohne unser Steuergeld und wer wird spielen außer Grazer Kinder,

wenn der Verwendungszweck nur Fußball heißt, der heißt für unsere Plätze nur Fußball (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte KollegInnen des Gemeinderates! Ich habe vorhin die Diskussion auch sehr angeregt mitverfolgt, wo es um die Ferialdekrete gegangen ist. Ich habe mich da extra nicht zu Wort gemeldet, sondern Kollege Korschelt. Wenn es ein Argument geben sollte oder ein Beispiel, wo ein Ferialdekret sinnhaft sein soll und eingesetzt werden soll, dann war das wohl hier im Fall des GAK der Fall (*Applaus FPÖ*). Der Bürgermeister hat angeschnitten, wie schnell die Ereignisse waren und es ist nicht um Tage, Wochen oder Monate gegangen, wie es vielleicht einigen in der Öffentlichkeit recht gewesen wäre, dass man noch Entscheidungen diskutiert, was noch gescheiter wäre, keiner hat die Weisheit mit dem Löffel gefressen, das ist auch keine Frage, aber hier ging es wirklich um Stunden und um Entscheidungen. Und ich muss leider Gottes sagen, der Gemeinderat war auf Urlaub, sodass in manchen Situationen, wo es auch brenzlich bereits vorher war, Bürgermeister und Vizebürgermeister gleichzeitig auf Urlaub war, was vielleicht auch nicht ganz geschickt ist, aber das ist schon gesagt worden, das wird man vielleicht versuchen, in Zukunft zu bessern. Aber in der entscheidenden Situation war eine Mehrheit da, die dahinter steht, das war einmal ein ganz ein wichtiges Zeichen, dass hier die Stadt Graz, und ich spreche hier wirklich parteiübergreifend, Handlungsfähigkeit bewiesen hat. Bereits in den Wochen und Monaten vorher, der Bürgermeister hat gesagt, er hat den 9. Juli notiert, ich habe den 10. Juli notiert, ich weiß nicht, wer von uns beiden Recht hat, wo die Gläubigerausschusssitzung war beim Gericht und so sehr ich jetzt die Wortmeldung vom Kollegen Haßler verfolgt habe, wo war denn ein Vertreter der SPÖ damals bei diesem Gläubigerausschuss? Ich habe keinen gemerkt, ich glaube die Fraktion ist so groß von der SPÖ, dass er von diesem Termin Kenntnis haben musste, dort hätte hingehen können oder auch vom Stadtsenat her, aber von der Fraktion war keiner dort vertreten (*Applaus ÖVP und Grüne*) und weil der Kollege Haßler so die wirtschaftliche Kompetenz seiner Partei herausstreicht, hat er sich überlegt, welche Konsequenzen das gehabt hätte für die Gläubiger des GAK, wenn wirklich der Konkurs erzielt worden wäre, wenn wirklich der Ruin dieses Vereines Gegenstand

sozusagen geworden wäre und sozusagen der Aktendeckel geschlossen worden wäre? 170 Gläubiger hätten eben diese Restquote von maximal einem Prozent bekommen, darunter mehr als 70 Firmen, die Leistungen für den GAK erbracht haben, in Waren, in Dienstleistungen, in Beratungsleistungen, was auch immer, die hätten alle durch die Finger geschaut, das wäre Ihre Wirtschaftskompetenz gewesen, dass Sie diese Firmen auch noch schädigen und ihnen noch weniger Geld zur Verfügung stellen und möglicherweise Arbeitsplätze gefährden (*Applaus FPÖ*). Unsere Intention beim GAK war eine ganz klare, und zwar wirtschaftlich und sozial geprägte, wir haben einerseits die Gläubigerinteressen genauso gesehen, weil die Stadt Graz ja auch Gläubiger war, das war das eine, dass hier sozusagen der Schaden, der in der Vergangenheit hauptsächlich dem Verein entstanden ist, das steht außer Streit, dass hier die ursächlichen Fehler im Verein GAK entstanden sind, dass wir auch für die Stadt Graz und für alle anderen Gläubiger minimieren und die Stadt Graz hat, glaube ich, wenn man das Gesamtpaket anschaut, hier wirklich einen sehr vernünftigen und ausgewogenen Weg genommen, den ich auch persönlich mit unserer Fraktion unterstützt haben. Darüber hinaus ist uns auch gerade der Sozialaspekt sehr am Herzen gelegen. Wir hätten es nicht leicht verstanden, wenn ein Traditionsverein, der 106 Jahre existiert in Graz, der mehr als 280 Kinder in seinen Trainingscamps und wo wöchentlich zwei- bis dreimal trainiert wird plus ein Spiel absolviert wird zumindest, wo der GAK auch der Hauptkooperationspartner der HIB Liebenau ist, wo mehr als 800 Kinder dort zur Schule gehen und wo sich jetzt schon herausgestellt hat, dass die kleineren Kooperationspartner, die diese Schule dort sich an Land gelacht hat sozusagen, keineswegs einen Ersatz für den GAK darstellen, um diese entsprechende Fußballakademie auch weiterzuführen. In diesem Sinne ist das, was hier getan wurde, auch ein enormer sozialpolitischer Aspekt, der da im Hintergrund steht, der Graz würdig ist, dass wir 280 Kindern eine Heimstätte bieten, wo mehrmals in der Woche gemeinsam, gemeinschaftlich gearbeitet wird, hier ist der Fußball und wir brauchen nicht über sonstige Therapiestationen oder Drogenprävention reden, wenn hier bereits im Vorfeld geeignete Maßnahmen getroffen werden, um den Kindern wirklich eine wertvolle und lebenswerte Jugend auch zu ermöglichen (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Jahn:** Wie so oft beschäftigt uns wieder einmal der GAK. Zur Historie ist Folgendes festzuhalten. Es gab ein sehr, aus meiner Sicht, auf Grund der schon sehr schwierigen Rahmenbedingungen der Konstellation mit der Bank, mit GAK, mit InvestorInnen und mit Verträgen und Stadtsenatsbeschlüssen aus dem Jahr 2004 zum Beispiel, schon eine recht schwierige Ausgangssituation. Es wurde mit einer InvestorInnengruppe versucht, den Unterbestandvertrag zu verhandeln, der folgendes besagt und vielleicht sollte man das noch einmal deutlich hier sagen, das sind die wesentlichen Punkte aus meiner Sicht, die ja immer noch gleich so im Vertrag drinnen stehen: Die Investoren sind zur Aufrechterhaltung des Fußballtrainingszentrums und zur Unterstützung des Spielbetriebes eines Grazer Fußballvereines verpflichtet. Bei einer Änderung des Verwendungszwecks kann die Stadt Graz den Vertrag kündigen, das heißt also, sollten die Investoren den GAK sterben lassen und einen anderen Verein anstatt den GAK in den Vertrag nehmen wollen, muss dies ebenfalls durch den Gemeinderat genehmigt werden. Das ist nach wie vor Stand des Vertrages. Auch was etwaige Bautätigkeit auf dem Areal betrifft, was aber derzeit auch nach einem Gespräch, das wir da Gott sei Dank und letztendlich mit den Investoren gehabt haben, im Moment scheinbar nicht in den nächsten paar Jahren zur Debatte steht, auch darüber muss natürlich im Gemeinderat diskutiert werden und auch das, falls es bauliche Maßnahmen gibt, muss durch den Gemeinderat beschlossen werden. Das sind aus meiner Sicht die wesentlichen Punkte. Es gab in dieser Dringlichkeitsverfügung drei Veränderungen. Die erste ist diese, Verein erste, dritte Liga herausgenommen und jetzt ein Grazer Verein. Das war für uns eine ziemlich schwierige Frage, weil wir auch davon ausgegangen sind, dass das ausverhandelte Vertragswerk das ist und auch so bleiben sollte. Es war dann aber nach Rücksprache mit der Bank, mit der wir sehr, sehr eindringliche Gespräche von grüner Seite her geführt haben, wurde uns sehr deutlich vermittelt, wenn die Stadt diesen Passus nicht herausnimmt und ihr auf dem beharrt, dann kommt das Vertragswerk nicht zustande. Was dazu geführt hat, dass wir in einer sehr schwierigen Situation waren zu entscheiden, ok, ist das Ende des GAK jetzt eingeläutet oder springen wir über das drüber. Das war weder eine lustige noch eine leichte Entscheidung, über die wir sehr, sehr lange intern diskutiert haben und die wir auch so gut es möglich war, abgesprochen haben. Es gab dann auf unseren Wunsch hin unter den Fangruppen eine Abstimmung basisdemokratisch organisiert, wie sie diese Sache sehen und sie haben mit einer sehr deutlichen

Mehrheit beschlossen, dass sie die Herausstreichung des Vereines in der ersten bis dritten Liga unterstützen, weil es ihnen letztlich um die Rettung des GAK geht. Natürlich haben sie das nicht so super gefunden, das steht völlig außer Streit. Wir finden das auch nicht großartig, aber im Sinne der Rettung des GAK aus all den genannten Zielen, war das die Sache, auf die wir uns auch als Grüne eingelassen haben. Es gab noch zwei weitere Veränderungen im Vertragswerk (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), was die Ausnahmeregelung für den ehemaligen Spieler Daniel Kimoni betrifft, der eben noch die 20 % aus dem Zwangsausgleich bekommen soll und die Geschichte mit der Rückzahlung der einen Million. Wir Grüne haben uns nach der Geschichte mit erste bis dritte Liga ziemlich deutlich festgelegt, haben gesagt, das ist die letzte Hürde, über die wir springen und wir sind bei dem geblieben. Von dem her gibt es aus unsere Sicht eine positive Zurkenntnisnahme des ersten Punktes der Dringlichkeitsverfügung, eine negative, ich weiß gar nicht, gibt es da einen Fachausdruck, eine Nichtzurkenntnisnahme, wie auch immer, zu den beiden übrigen Punkten. Was auch damit zu tun hat, dass es auch im Zuge dieses Gesprächs mit den Investoren, das es dann ja im Sommer gegeben hat, bei uns das Bauchweh sich nicht unbedingt verringert hat, das muss man hier deutlich dazusagen. Unsere Sorge ist auch, dass auch in Zukunft die Investoren mitunter noch mit weiteren Forderungen an die Stadt Graz herantreten werden. Unsere Sorge ist zudem auch, dass sich die Geschicke des GAK nicht in die positive Richtung entwickeln, wie wir uns das alle erhoffen. Also da gibt es noch sehr viele inhaltliche Fragezeichen, die unsere skeptische Haltung zu dieser Dringlichkeitsverfügung auch erzeugt haben. Insofern denke ich, ich gehe davon aus, dass uns die GAK-Angelegenheit auch in Zukunft weiterverfolgen wird (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alleine die ungewohnt emotionelle Antwort unseres Bürgermeister, glaube ich, hat mir schon gezeigt, dass wir da ein bisschen einen wunden Punkt getroffen haben und Fakt ist, lieber Herr Bürgermeister, dass ich mich in Bezug auf Ihre Antwort bei der letzten Fragestunde jedenfalls hintergangen fühle, weil Sie haben mir damals zugesichert, dass der Vertrag, und leider habe ich das Protokoll noch nicht abrufbar,

dass der Vertrag, wie er da ist, nicht verändert wird und Fakt zwei, ist auch wenn da alle oder viele von der Rettung des GAK reden, der GAK ist damit nicht gerettet, das hat der Stadtrat Rüschi auch richtig festgestellt. Wir haben einmal eine Hilfe gelegt, damit es vielleicht möglich wird, aber die Rettung ist noch nicht vollzogen. Wenn ich vielleicht auf den Kollegen Grosz noch Bezug nehmen darf. Kollege Grosz hat ja auch verkündet, dass er eine Amtsmissbrauchsklage einbringen wird und vielleicht kann der Kollege Grosz noch antworten, ob er das schon gemacht hat.

***Zwischenruf GRin. Gesek: Was ist der Grosz für ein Maßstab.***

Mag. **Haßler**: So wie ich ihn kenne, er verspricht ja nichts, was er nicht hält, er wird es sicher schon gemacht haben und wenn, hat er es bestimmt vor, aber ich hoffe, du kommst dann heraus und sagst uns, wie der Stand bei diesen Dingen ist. Zum Kollegen Mariacher möchte ich noch Bezug nehmen. Ich meine, der Kollege Mariacher, es ehrt dich, wenn du als bekennender GAK-Fan, und ich habe deine Homepage angeschaut und dankenswerterweise hast du die Rede, die du heute hier gehalten hast, auf der Homepage abrufbar, nämlich in Bezug auf ein Treffen mit den Fans des GAK hast du dort zwei Seiten, glaube ich, auf deiner Homepage aufgelistet und dort ist genau nachzulesen, das was du heute gesagt hast. Ich meine, wenn man als GAK-Fan zum GAK steht, ist es schon ok, aber dann Gründe vorzuschicken und zu sagen, es geht um die Kinder, es geht um die Wirtschaft, um die Kinder geht es vielleicht, aber um die Rettung der Wirtschaft geht es nicht, wenn es darum gehen würde, Kollege Mariacher, dann muss ich dich fragen, kannst du mir beantworten, ob die persönliche Haftung der Vorstandsmitglieder, die ja schriftlich fixiert war, ob die zur Gänze eingelöst wurde oder ob nicht diese Vorstandsmitglieder genau durch diesen Zwangsausgleich aus ihrer Haftung herausgenommen sind. Vielleicht wäre es sogar so gewesen, dass in einem anderen Falle die Unternehmen, die du angeschnitten hast, viel mehr bekommen hätten. Danke (*Applaus SPÖ*).



Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Ich gebe Ihnen Recht, ich hätte am liebsten nicht einmal ein Wörtchen geändert, aber wenn du an einem Tag, an dem weder Stadtsenat noch Gemeinderat zusammentreten können, wie der Kollege Rüschi dann auch die Hauptverantwortung hast und wir auch dann miteinander noch telefoniert haben, wo es um solche Details geht, weil alles andere hätte das Aus bedeutet, dann tut man das und nicht gerne. Noch einmal, aber wichtig war mir auch, dass das jetzt nicht weltbewegende Dinge sind und der GAK ist so oder so noch nicht gerettet, der muss sich wieder hineinspielen, hoffentlich auch in höhere Ligen, aber wir hätten sonst die andere Meldung gehabt. Ich verstehe das, dass Sie sich auch als Gemeinderat wünschen und sagen, ich habe das da beschlossen, ich möchte keine Punkte mehr ändern, aber wenn dann Umstände eintreten, und deswegen gibt es ja dann die Hauptverantwortung einer Dringlichkeitsverfügung, so lustig ist das nicht für den, der dann gerade da ist, musst dann alleine in der Stunde entscheiden, ziehen wir die Dressen aus, hängen wir die Geschichte des Vereines wirklich weg und sagen, das war es und schade, über 100 Jahre oder sagt man vielleicht doch, den einen findet man nicht, der wird schon zustimmen oder wie auch immer, aber an dem hängen wir es nicht auf und in diesen zwei Punkten geben wir auch noch dieses Alzerl nach. Und um das ist es letzten Endes gegangen, es ist ein Abwägen und damit auch die Verantwortung zu übernehmen für den Bereich und so haben wir es auch getan (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich wollte mich jetzt eigentlich gar nicht zu Wort melden, aber ich erinnere daran, dass in der letzten Debatte die Christine Jahn gesagt hat, tut mir Leid, es geht nicht um den GAK und genauso ist es auch. Es ist dabei darum gegangen, wie das Sportzentrum weitergeführt wird. Und wie sich Investoren, die in Wirklichkeit nicht in den GAK, sondern ins Sportzentrum investieren und die dort auch noch ein Geschäft machen wollen, was ja im Prinzip nichts Schlechtes ist, nur nicht unter solch günstigen Bedingungen, wo wir ihnen ein Grundstück am Silbertablett servieren, sich absichern können. Die Rettung des GAK, Herr Gemeinderat Mariacher, ist nicht beschlossen worden. Steht mehr in den Sternen denn je zuvor. Das ist die Wahrheit und die Frage ist natürlich schon, was haben die Vorstandsmitglieder, die ja die Situation wesentlich mitverantworten haben und die

ihre Haftungserklärungen abgegeben haben, für einen Vorteil oder Nachteil gehabt aus dem Vorgehen der Stadt Graz und aus dem Zwangsausgleich. Sind sie entlassen worden aus ihren Haftungen oder haben sie eingezahlt, das ist eine ganz wesentliche und wichtige Frage. Hat die Stadt Graz ihnen einen Gefallen getan, allen Verhandlungspartnern und der Stadt Graz empfehle ich im Übrigen, in Zukunft möglichst stur zu bleiben, weil nämlich die Erwartung relativ groß ist und die Hoffnung groß sein darf, dass die Stadt eh umfällt und ihre eigenen Beschlüsse nicht ernst nehmen wird. Es ist für mich ja eigentlich recht interessant, dass die Grünen im letzten Moment noch aus dem Zug rausgesprungen sind, es gab davor auch schon viele gute Argumente, da nicht mitzufahren, aber es ist nie zu spät, um da klüger zu werden. Enttäuschend ist, Herr Bürgermeister, weil du das so brüsk von dir weist und die Schwierigkeit deiner Entscheidung betonst, du hast hier im Gemeinderat einem Mitglied des Gemeinderates ein Wort gegeben und eine Antwort gegeben und du hast dieses Wort gebrochen. Und insoferne ist diese Stück noch viel, viel ärger, weil es sich noch viel konkreter festmachen lässt als bei der Energie Graz. Man kann sich darauf nicht verlassen, wenn du sagst, es ist so oder so, oder ich werde mich so oder so verhalten, sondern innerhalb von wenigen Wochen kommt es zu gravierenden und wichtigen Veränderungen. Die Frage, ob der GAK mit Unterstützung der Investoren in der ersten bis dritten Spielklasse spielt oder irgendwo, in einer letztklassigen Liga spielt, macht einen großen Unterschied für das öffentliche Engagement aus meiner Sicht und dass man das nicht mehr ernst nimmt, ist daher auch eine wesentliche Veränderung dieses Gemeinderatsbeschlusses gewesen. So ist es in den anderen Punkten aus meiner Sicht jedenfalls, wo wir an die Grenzen dessen, was noch erträglich war, gegangen sind, auch gewesen. Diese Grenzen wurden überschritten und wie mir scheint, relativ leichtfertig überschritten. Du hast das letzte Mal gesagt, du freust dich schon, wenn es wieder ein großes Derby geben wird und GAK gegen Sturm in Liebenau spielen. Passiert im Übrigen auch hin und wieder, auch jetzt, darauf freuen wir uns alle. Wie weit aber die öffentliche Verantwortung dabei zu tragen ist, das ist eine Frage, die bis zum heutigen Tage nicht ausdiskutiert und nicht ausgelotet ist, weil mit deinen Argumenten wäre alles zu rechtfertigen gewesen. Im Übrigen auch ein Engagement der Stadt beim GAK selbst, wenn man es schon haben will. So wie du das sagst, ich will nicht zuschauen, wie man den Kindern die Leiberln vom Oberkörper reißt, kann man auch sagen, ok, dann wird die Stadt Graz eben dafür sorgen, dass es den GAK für immer und ewig gibt.

Das Argument ist immer stark genug, um das zu rechtfertigen, das was du getan hast aber ist eher ein persönlicher Vertrag, mit dem du selber zurecht kommen musst, dein Wort, das du gegeben hast, und das du hier im Gemeinderat auch protokollieren hast lassen, hast du nicht halten können oder nicht halten wollen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Das besondere Engagement der Stadt Graz war nie nur für den GAK da, wir haben, auch wenn wir den GAK mit diesem Trainingszentrum gefördert haben, immer dazugesagt, es ist ausschließlich für die Jugendförderung, es ist ausschließlich, dass hunderte Kinder unserer Stadt Fußball spielen können und das war nie ein anderes Versprechen, das muss man auch sagen und deswegen glaube ich, es gehört nicht zu den städtischen Aufgaben, einen Fußballverein zu führen, das haben wir nicht einmal annähernd vor (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube, dass diese Probleme Spitzensportförderung, die begleiteten uns alle schon länger, aber es ist schon spannend, wenn man jetzt hört, dass der Stadtrat Riedler sagt, man soll harte Positionen einnehmen, man muss bei den Beschlüssen bestehen usw. Ich bin relativ neu und der GAK verfolgt mich schon länger und jetzt habe ich mir die alte Beschlusslage angeschaut und siehe da, auch die alten Sachen sind nicht so umgesetzt worden, wie geplant war. Eigentlich hätte es eine Zehn-Raten-Zahlung sein sollen für das Sportzentrum, die sich daran orientiert, dass da oben Fußball gespielt wurde, irgendwer war da vorher bei den Verhandlungen nicht so hart und es ist rausgekommen, da hat auch die Härte gefehlt, sonst hätten wir heute das Problem nicht.

**Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das hat der Stadt nicht geschadet.**

Dr. **Wohlfahrt**: Das hat der Stadt nicht geschadet, sagt er jetzt, aber jetzt wird es schon lustig, weil wenn das Sportzentrum zugesperrt wird, dann sind weitere Fußballförderungen aus und niemand spielt oben und wir zahlen Jahr für Jahr weiter unsere Jahresraten, weil es einen Vertrag der Stadt gibt, wo wir jedes Jahr an die Bank zahlen unabhängig davon, ob dort Fußball gespielt wird oder nicht. Die Beschlusslage aus den Akten ist eine andere, da hat es einen Zusammenhang gegeben, Förderung nur, wenn gespielt wird. Die hätten halt eine leichter Situation, wenn damals hart verhandelt worden wäre. Also das muss man schon festhalten, solche Kleinigkeiten. Ich denke mir, es geht darum, der Jugend Fußball zur Verfügung zu stellen, das ist unser Ziel gewesen, wenn der GAK gerettet werden kann, dann ist das schön und gut. Die Stadt hat mehr dazu beigetragen, als vielleicht manchen von uns recht ist, der restliche Teil muss vom GAK selbst kommen. Es kann nicht sein, dass die Stadt Geld dafür in die Hand nimmt, dass der Fußballverein gefördert wird, der Förderungszweck ist ganz klar Fußballspielen und in diesem Sinne sind die Verträge auch gut abgeschlossen wurden (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Angesichts der Tatsache, dass wir jetzt seit zwei Stunden, wir, der hohe Gemeinderat, das diskutieren und ich zumindest die letzten eineinhalb Stunden von einem oder anderen verschont wurde, was ja auch meiner Gesundheit zuträglich ist, würde ich Folgendes vorschlagen: Der Bürgermeister beziehungsweise der Stadtsenat, in dem Fall der zuständige Referent Prof. Rüschi hat etwas gemacht, was vergleichbar die Frau Klasnic im Fall Herberstein auch gemacht hat. Eine Ferialverfügung, die vor dem Staatsanwalt gelandet ist und ich nehme daher durchaus gerne den Ball auf. Jetzt haben wir sie die Ferialverfügung am Tisch, lassen wir das die unabhängigen Gerichte beurteilen in der guten alten Tradition der christlich Sozialen und ihrer Ferialverfügungen, nimmt das gleiche Ende wie das der Frau Waltraud Klasnic auch und Herberstein, kein Problem, Sie werden dafür gerade stehen, Sie werden auch vor dem Gericht dafür gerade stehen müssen, überlassen wir das deren Beurteilung und befassen wir uns mit den wesentlichen Themen, Heizkostenzuschüsse, mehr Sicherheit für Graz und mit der Tagesordnung, die weit mehr für die Grazerinnen und

Grazer in dieser sehr schwierigen Zeit der Inflation bringt. Ich glaube, das ist wichtiger und notwendiger. Ich danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich werde dich so gegen 10 Uhr heute abends wieder dran erinnern, dass wir einen Aufruf wegen deiner Gesundheit und der Verkürzung der Redezeiten da herinnen, um die du dir da Sorgen gemacht hast, ich bitte dich schon, vielleicht irgendwann einmal auch klar zu sagen, welche Gerichte sich mit irgendetwas befassen sollen.

***Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Kärntner Landesgericht.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Es sind einfach Worthülsen, die in den Raum hereinkommen, wenn jemand eine gerichtliche Klage einbringen will, das kann er bitte jederzeit gerne tun, aber einfach so in die Luft hineinsagen, halte ich auch für da herinnen für ziemlich anmaßend. Für den Fall, dass sich irgendwann einmal ein Strafgericht damit auseinandersetzen müsste, wüsste ich auch nicht, ob da irgendjemand eine Verfehlung gehabt hätte, die dann annähernd drankommen. Also bitte keine solchen Unterstellungen, das wäre und bleibt mein Wunsch.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ein paar Worte von meiner Seite, es ist schon sehr viel gesagt worden. Nachdem ich damals eben in dieser Zeit der geschäftsführende Stadtrat war und sogar tagelang mit den Rechtsanwälten, mit dem Masseverwalter und auch mit den Investorenvertretern gesprochen habe, möchte ich einfach das aus meiner Sicht die Motivation noch einmal klarlegen, worum es dabei gegangen ist und wie ich letzten Endes wirklich völlig überzeugt war, dass diese Variante, diese Lösung, die wir gewählt haben, unter den gegebenen Bedingungen die optimalste für

die Stadt war. Ich möchte nochmals klarstellen, dass das oberste Ziel, es ist heute schon gesagt worden, die Rettung des Trainingszentrum, das war das oberste Ziel. Selbstverständlich unter größtmöglichen Chancen für den GAK, aber wir sind nicht angetreten, den GAK zu retten, sondern wir sind angetreten, das Trainingszentrum für die Fußballjugend in Graz zu retten, das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist der, dass wir genau gewusst haben, wenn wir hier in den Verhandlungen nicht auf ein gemeinsames Ergebnis kommen mit der Bank und auch mit den Investoren, dann ist der Konkurs unvermeidbar. Herrn Dr. Scherbaum, der Masseverwalter, der das einige Male schriftlich festgehalten hat, wenn es hier keine Einigung gibt, dann ist der GAK im Konkurs und dann ist auch das Trainingszentrum im Konkurs. Was hätte das bedeutet? Das hätte bedeutet, dass es erstens einmal eine Rechtsunsicherheit gegeben hätte, ob wir das Trainingszentrum überhaupt behalten dürften. Ich darf dazu erinnern, dass der Masseverwalter die Stadt Graz geklagt hat, weil die Stadt Graz den Bestandvertrag, also den Nutzungsvertrag für das Trainingszentrum gekündigt hat und der Masseverwalter hat gesagt, diese Kündigung ist rechtlich nicht ok. Das heißt, wir hätten eine lange Zeit überhaupt eine Unsicherheit gehabt, hohe Prozesskosten, ob wir das Trainingszentrum überhaupt übernehmen dürfen, das ist der zweite wichtige Punkt und der dritte wichtige Punkt, da darf ich einfach in diesem Fall, ich hoffe er ist mir nicht böse, den Rechnungshofdirektor zitieren. Wir haben im Finanzausschuss sehr oft darüber gesprochen, was ist, wenn das Trainingszentrum oder GAK tatsächlich in Konkurs geht? Der Rechnungshofdirektor hat es auf den Punkt gebracht, er hat gesagt, wenn das der Fall ist, dann haben wir im Herbst eine neue Position im Budget mit Abgangsdeckung des Trainingszentrums im Norden von Graz. Das war die Situation damals, jetzt ist die Situation die, dass wir jemanden gefunden haben, der das Trainingszentrum übernommen hat zu Konditionen, die aus Sicht der Stadt Graz selbstverständlich in Ordnung sind, die auch im Wesentlichen nicht schlechter sind als wir sie bisher schon hatten und wir haben damit einen Beitrag geleistet, dass es für Grazer Jugendliche tatsächlich ein Trainingszentrum weiterhin gibt. Ich denke, das sind die wichtigsten Punkte. Alles was es dazu gibt zu sagen, dass wir Anfang Juli einen anderen Informationsstand hatten, möglicherweise auch andere Zusagen gemacht haben, ist, denke ich, vor diesem Hintergrund nicht das Entscheidende, das ist sicherlich betrüblich, aber es ist nicht das Entscheidende. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch nochmals bedanken vor allem bei den Mitarbeitern und Beamten der Finanzdirektion, zum Teil auch vom Sportamt, für

die sehr intensiven Gespräche, selbstverständlich auch beim Regierungspartner, wenn er auch bei den letzten zwei Schritten nicht mehr mitgegangen ist, aber wir haben da, denke ich, für die Stadt Graz dem GAK jedenfalls die Chance eröffnet, dass er bei guter betrieblicher und sportlicher Führung jedenfalls sich wieder erholen kann und weiterhin uns Grazerinnen und Grazer mit schönen Spielen jedenfalls verwöhnen kann (Applaus ÖVP)

***Die Mitteilung wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.***

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.05 Uhr den Vorsitz.***